

# Amtsblatt der Europäischen Union

C 36



Ausgabe  
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

58. Jahrgang  
3. Februar 2015

Inhalt

## IV *Informationen*

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

### **Europäisches Parlament**

2015/C 36/01

Beitrag der 51. Tagung der COSAC — Athen, 15.-17. Juni 2014 ..... 1

DE



## IV

*(Informationen)*INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER  
EUROPÄISCHEN UNION

## EUROPÄISCHES PARLAMENT

## BEITRAG DER 51. TAGUNG DER COSAC

Athen, 15.-17. Juni 2014

(2015/C 36/01)

**1. Wahl zum Europäischen Parlament**

- 1.1. Die COSAC begrüßt die erfolgreiche Durchführung der 8. Wahl zum Europäischen Parlament, die vom 22.-25. Mai 2014 abgehalten wurde. Auch wenn die durchschnittliche Wahlbeteiligung höher war als erwartet und es Spitzenkandidaten gab, die sich während der Wahlkampagne europäischen Themen widmeten, bringt die COSAC dennoch ihre Besorgnis über die niedrige Wahlbeteiligung in einigen Mitgliedstaaten sowie den Anstieg von Extremismus und Xenophobie, der sich in den Wahlergebnissen widerspiegelt, zum Ausdruck. Sie fordert deswegen die jeweiligen Regierungen, Parteien sowie die Organe der Europäischen Union auf, darüber nachzudenken, in welchem Maße sie selbst für diese Entwicklungen mit verantwortlich sind, und unverzüglich dagegen vorzugehen.
- 1.2. In diesem Zusammenhang begrüßt die COSAC den durch die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten ausgedrückten Willen, neben weiteren Fortschritten auf dem Gebiet der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie bei der Bewältigung des Klimawandels und der Probleme der Energieeffizienz und -sicherheit auch die Förderung von Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ihren obersten Prioritäten zu machen.

**2. Wirtschaftspolitische Steuerung — Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)**

- 2.1. Die COSAC bekräftigt ihre Überzeugung, dass eine Vertiefung der WWU mittels Einführung von Strategien zur Bewältigung der Unzulänglichkeiten, die sich nach dem Ausbruch der Krise offenbart haben, von größter Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang wird ein integrierter Finanzrahmen mit einer wirklichen Bankenunion mit wirksamen Mechanismen für die Überwachung, Abwicklung und Einlagensicherung auf europäischer Ebene, der notwendigerweise an eine wirkliche Fiskal- und Wirtschaftsunion gekoppelt ist, als ein natürlicher nächster Schritt nach dem bereits bestehenden haushaltspolitischen Koordinierungsrahmen angesehen.
- 2.2. Folglich begrüßt die COSAC die politische Einigung, die während des griechischen Ratsvorsitzes über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus erzielt wurde, sowie die Vereinbarung über den einheitlichen Bankenabwicklungsfonds. Diese Übereinkommen spielen eine entscheidende Rolle bei der Vollendung der Bankenunion, die dazu beitragen wird, die Finanzstabilität sicherzustellen, die Kosten von Bankenzusammenbrüchen für die europäischen Bürger so weit wie möglich zu begrenzen, das Vertrauen der Märkte in den europäischen Bankensektor wiederherzustellen und die Banken in die Lage zu versetzen, die Realwirtschaft wieder mit Krediten zu versorgen, um auf diese Weise den Weg für Wachstum zu ebnen.

**3. Freiheit, Sicherheit und Recht**

- 3.1. Die COSAC fordert den Europäischen Rat auf, die strategischen Leitlinien für die gesetzgeberische und operative Programmplanung im Bereich Justiz und Inneres anzunehmen. Diese müssen auf den im Zusammenhang mit dem Stockholmer Programm bereits erzielten Fortschritten aufbauen. Die COSAC unterstreicht die Bedeutung des Grundsatzes der Solidarität und der Verantwortung bei der Festlegung der Leitlinien und betont, dass bestehende Instrumente im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts uneingeschränkt umgesetzt und durchgesetzt werden müssen, damit die Lebensqualität der europäischen Bürger verbessert werden kann.

3.2. Die COSAC vertritt die Ansicht, dass dem sensiblen Thema der Steuerung der Migrationsströme und der Integration legaler Immigranten in die Gesellschaften der EU besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, um europäische Antworten auf die derzeitigen und zukünftigen Herausforderungen zu finden. Zu diesem Zweck sollte eine konkrete Weiterbehandlung der Vorschläge der Mittelmeer-Task-Force erfolgen, da Seewege die am häufigsten genutzten Migrationswege sind, mit denen gleichzeitig erhebliche Verluste von Menschenleben einhergehen. Die COSAC betont das Erfordernis von Initiativen zur Durchführung des Grundsatzes der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten gemäß Artikel 80 des AEUV in den Bereichen der gegenseitige Anerkennung nationaler Asylentscheidungen, der Zusammenführung von Aufnahmelagern auf EU-Ebene — mit denen das Ziel verfolgt wird, möglichen Krisensituationen und besonderem Druck begegnen zu können —, der Notfallplanung und des Krisenmanagements.

#### 4. Meerespolitik

4.1. Die COSAC unterstreicht, dass Schifffahrt und maritime Tätigkeiten eine unerschöpfliche Quelle des Wachstums und des Wohlstands für ganz Europa sind. Sie begrüßt deswegen die gemeinsamen Anstrengungen der Europäischen Kommission, des Europäischen Auswärtigen Dienstes, des griechischen Ratsvorsitzes und der Mitgliedstaaten, eine ganzheitliche, sektorenübergreifende Strategie — die EU-Strategie für maritime Sicherheit (EUMSS) — zu entwickeln, um dieses Potenzial zu fördern und zu bewahren. Sie ist überzeugt, dass die EUMSS aus internen sowie externen Aspekten der maritimen Sicherheit bestehen sollte, globale Lösungen bei der Bewältigung von Herausforderungen auf europäischer Ebene fördern sollte und alle bestehenden Instrumente und Strukturen der EU im Bereich der maritimen Sicherheit, einschließlich von Einsätzen und Operationen im Rahmen der GSVP, nutzen sollte.

#### 5. Ukraine

5.1. Die COSAC begrüßt die Abhaltung von Präsidentschaftswahlen in der Ukraine und nimmt die hohe Wahlbeteiligung der Ukrainer und die feste Entschlossenheit der ukrainischen Regierungsstellen, ein wirkliches Wahlverfahren durchzuführen, das weitgehend den internationalen Verpflichtungen entspricht, mit Genugtuung zur Kenntnis.

5.2. Die COSAC bekräftigt ihre entschiedene Unterstützung für die territoriale Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine und verurteilt die illegale Annexion der Krim durch die Russische Föderation. Die COSAC setzt sich mit Nachdruck für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller europäischer Staaten ein und vertritt die Auffassung, dass es keinen Raum für separatistische Aktivitäten und Provokationen gibt, mit denen das Ziel verfolgt wird, im Europa des 21. Jahrhunderts ohne ordnungsgemäßes demokratisches Verfahren Veränderungen an den Grenzen vorzunehmen.

5.3. Die Aktionen der Russischen Föderation entsprechen nicht ihren bestehenden Zusicherungen und Verpflichtungen, unter anderem nach der Charta der VN, der Schlussakte von Helsinki und dem Budapester Memorandum. Die Halbinsel Krim muss wieder Teil der Ukraine werden, damit in Europa wieder Stabilität einkehren kann.

5.4. Die COSAC fordert den Russischen Föderationsrat auf, seinen Beschluss vom 1. März 2014, mit dem es den Einsatz von Gewalt gegenüber dem Nachbarstaat gebilligt hatte, aufzuheben.

5.5. Die COSAC betont, dass es in der derzeitigen Lage unbedingt erforderlich ist, dass Russland wirkliche Schritte zur Verteidigung der russisch-ukrainischen Grenze unternimmt, um die Terroristen- und Waffenströme in die Ukraine zu verhindern.

5.6. Die COSAC ist überzeugt, dass die Qualität der Präsidentschaftswahlen dem neuen Präsidenten der Ukraine die Legitimität verleiht, einen inklusiven Dialog mit allen Bürgern zu führen und darauf hinzuarbeiten, die Einheit des Landes bei gleichzeitiger Achtung der Vielfalt der ukrainischen Gesellschaft zu gewährleisten. Sie fordert die Europäische Union auf, eng mit dem neuen Präsidenten der Ukraine zusammenzuarbeiten und ihn im Streben nach Dezentralisierung, einer Verfassungsreform und Strukturereformen in der Wirtschaft zu unterstützen, um in dem Land politische und wirtschaftliche Stabilität sicherzustellen. Des Weiteren begrüßt die COSAC die Erklärungen der Russischen Föderation, dass sie das Wahlergebnis anerkennen werde. Deswegen fordert die COSAC die Russische Föderation nachdrücklich auf, mit dem neuen rechtmäßigen Präsidenten zusammenzuarbeiten, einen friedlichen und konstruktiven Dialog zur Deeskalation der Spannungen zu führen und ihre Streitkräfte von der ukrainischen Grenze abzuziehen.

5.7. Die COSAC erwartet, dass die Verträge über russische Erdgaslieferungen an die Europäische Union uneingeschränkt eingehalten werden. Die COSAC ist der Ansicht, dass Energieeffizienz und -sicherheit infolge der Krise in der Ukraine nun zu den obersten Prioritäten der Europäischen Union gehören. In diesem Zusammenhang fordert die COSAC die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu auf, Möglichkeiten für die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen und für die Begrenzung der Energienachfrage zu sondieren und an der Weiterentwicklung einer Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung zu arbeiten.

5.8. Die COSAC begrüßt die Entscheidung, am 27. Juni 2014 die Assoziierungsabkommen mit Georgien und der Republik Moldau zu unterzeichnen, und erwartet die gleichzeitige Unterzeichnung der verbleibenden Kapitel des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. Die COSAC weist auf die besondere Rolle der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments bei dem Verfahren zur Ratifizierung dieser Abkommen hin und ersucht sie, durch Sicherstellung eines reibungslosen Ratifizierungsprozesses ein klares Signal der Unterstützung an die östlichen Partner zu senden.

## 6. Demokratische Rechenschaftspflicht

- 6.1. Die COSAC erklärt, dass sich die zweifache demokratische Legitimation der Union als eine Union der Bürger und der Mitgliedstaaten im EU-Legislativprozess durch die Rolle des Europäischen Parlaments und des Rates beim Mitentscheidungsverfahren ausdrückt, und unterstreicht die Funktion der von den nationalen Parlamenten durchgeführten Subsidiaritätsprüfungen. Die COSAC betont, dass Legitimität und Rechenschaftspflicht auf nationaler und europäischer Ebene von den nationalen Parlamenten bzw. dem Europäischen Parlament ordnungsgemäß sichergestellt werden müssen. Die COSAC verweist auf den in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2012 dargelegten Grundsatz, dass während des gesamten Prozesses das allgemeine Ziel weiterhin darin bestehe, demokratische Legitimität und Rechenschaftspflicht jeweils auf der Ebene sicherzustellen, auf der Beschlüsse gefasst und umgesetzt werden.
- 6.2. Die COSAC weist darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Rezession und ihre Auswirkungen, wie z. B. die hohe Arbeitslosigkeit, in Verbindung mit geringeren Sozialausgaben und einer Absenkung der Lebensstandards, als eine wichtige Ursache für die abnehmende Popularität der Europäischen Union erwiesen haben. In dieser Hinsicht ist die COSAC der Auffassung, dass die demokratische Glaubwürdigkeit der EU in den letzten fünf Jahren gelitten hat, weil die Notwendigkeit, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zügig anzugehen und die Fiskalpolitik zu koordinieren, dazu geführt hat, dass Regierungen oder Ratsformationen wie die Eurogruppe Zuständigkeiten an die europäische Ebene delegiert haben, auf der es teilweise an parlamentarischer Kontrolle mangelt.
- 6.3. Des Weiteren stellt die COSAC mit Bedauern fest, dass makroökonomische Anpassungsprogramme — wie die überwiegende Mehrheit der Befragten im Halbjahresbericht angegeben hat — nicht durch die ausreichende demokratische Legitimität und Rechenschaftspflicht gekennzeichnet waren. Die COSAC betont, dass in Zukunft in erster Linie wirklich demokratisch rechenschaftspflichtige Institutionen an der Ausarbeitung und Durchführung solcher Programme beteiligt sein sollten, damit Transparenz und politische Verantwortung sichergestellt werden können.
- 6.4. Die COSAC bekräftigt die Bereitschaft der nationalen Parlamente, eine öffentliche Debatte über die institutionelle Architektur in Europa im Zusammenhang mit den bestehenden Verträgen zu führen. Die COSAC ist der Überzeugung, dass Möglichkeiten zur Demokratisierung des Beschlussfassungsprozesses erforscht werden sollten, ohne dabei die Gemeinschaftsmethode infrage zu stellen. In diesem Zusammenhang sollten die dem Europäischen Parlament durch die Verträge zugewiesenen Befugnisse uneingeschränkt ausgeübt werden und seine Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten weiterentwickelt werden.
- 6.5. Die COSAC begrüßt die erzielte Einigung bei der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen.
- 6.6. Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und den daraus resultierenden Ernennungen des Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik spricht die COSAC Herman Van Rompuy und Catherine Ashton ihren Glückwunsch aus.
- 6.7. Die COSAC bekundet ihre Hoffnung, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Rat und dem Europäischen Auswärtigen Dienst sowie den Parlamenten der EU ungehindert fortgesetzt wird und sowohl bilateral als auch im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit ausgebaut und weiterentwickelt wird.
- 6.8. Die COSAC trägt dem verbreiteten Misstrauen der Bürger in die europäischen Organe Rechnung und befürwortet nachdrücklich die demokratische Teilnahme der EU-Bürger am Rechtsetzungsverfahren im Rahmen der europäischen Bürgerinitiative und unterstützt eine aktivere Teilnahme des Europäischen Parlaments bei den Anschlussmaßnahmen.
- 6.9. Die COSAC ist überzeugt, dass die EU-Organe konstruktiv zusammenarbeiten müssen und bei der Ernennung der Leiter der wichtigsten Institutionen gemäß dem AEUV die Wahlergebnisse und die Botschaft der europäischen Bürger berücksichtigen müssen.

## 7. Bekämpfung des sozialen Defizits in der EU

- 7.1. Die COSAC weist darauf hin, dass die Debatte über die soziale Dimension der WWU aufgrund der tiefen Rezession im Euro-Währungsgebiet und der derzeitige Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet nun ganz oben auf der politischen Tagesordnung der EU steht. In diesem Zusammenhang betont die COSAC die Notwendigkeit einer horizontalen Integration der sozialen Dimension in die EU-Politik und in das Europäische Semester. Die COSAC unterstützt nachdrücklich den sozialen Dialog und die aktive Teilnahme der zuständigen Sozialpartner an der Gestaltung von wirksameren und gezielteren EU-Strategien.
- 7.2. Die COSAC fordert die EU-Organe auf, auf die Forderungen der Bürger zu reagieren, sie vor dem intensiven globalen Wettbewerb zu schützen. Die COSAC vertritt die Ansicht, dass die Harmonisierung der Sozial- und Umweltrechte auf hohem Niveau sowie die Bekämpfung von Steuerbetrug zu Prioritäten auf der Tagesordnung der EU werden sollten.

7.3. Die COSAC bringt ihre Genugtuung über die ersten Anzeichen einer Erholung der Wirtschaftstätigkeit in der Europäischen Union im Jahr 2013 zum Ausdruck, die sowohl bei der Produktivität als auch bei der Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen sind. Sie unterstreicht jedoch, dass die Fortführung von unausgewogenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen als eine Politik angesehen wird, die unwirksam ist, die Wirtschaftskrise unnötig verlängert und eine Verbesserung der Beschäftigungsaussichten behindert. Zur Verwirklichung des Ziels der langfristigen Haushaltskonsolidierung sind Maßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage und des Wachstums erforderlich.

## 8. Überprüfung der europäischen Beschäftigungsstrategie

8.1. Die COSAC nimmt mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass sich die Arbeitsmarktbedingungen im Jahr 2013 weiter verschlechtert haben, und hebt hervor, dass die Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern höher ist als je zuvor, die Arbeitslosigkeit verstärkt anhält und die Qualität der Beschäftigung abnimmt (d. h. unfreiwillige befristete Arbeitsverträge und Teilzeitbeschäftigung, Armut trotz Erwerbstätigkeit, informelle Arbeit, Polarisierung der Arbeitsplätze und Lohnpolarisierung). Sie bedauert deswegen die bisher begrenzte Fähigkeit der EU, gegen die Misserfolge und Ungleichheiten auf den Arbeitsmärkten anzugehen, damit das Problem erfolgreich gelöst werden kann.

8.2. Die COSAC begrüßt die wichtigsten EU-Initiativen zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit (Beschäftigungspaket für junge Menschen, Jugendgarantie, Beschäftigungsinitiative für junge Menschen) und fordert die Europäische Kommission nachdrücklich dazu auf, die Anstrengungen — unter Berücksichtigung der Besonderheiten bei der Umsetzung der Initiativen, wie beispielsweise im Fall von armen ländlichen Gebieten — noch zu intensivieren, um bessere und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugend Europas zu schaffen. Was die wirksame Umsetzung der Jugendgarantie betrifft, ist die COSAC der Auffassung, dass die Beteiligung aller Regierungsebenen und eine regelmäßige und strukturierte Zusammenarbeit mit Interessenvertretern (d. h. mit staatlichen und privaten Arbeitsvermittlungsdiensten, Unternehmen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen) und die angemessene Kommunikation zwischen den nationalen Unterstützungssystemen für die Beschäftigung junger Menschen und der Europäischen Jugendgarantie erforderlich sind.

8.3. Die COSAC befürwortet die aktive Beteiligung der Parlamente der EU an den Anstrengungen zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit, indem die Parlamente zur Ausarbeitung des Aktionsplans zur Umsetzung der Jugendgarantie beitragen und seine Umsetzung prüfen. In diesem Zusammenhang fordert die COSAC die Parlamente nachdrücklich dazu auf, einen interparlamentarischen Dialog zu führen, und zwar nicht nur untereinander, sondern auch mit den EU-Organen.

8.4. Die COSAC begrüßt die Annahme eines Arbeitsplans der Europäischen Union für die Jugend für die Jahre 2014-2015 durch den Rat (Bildung). Sie vertritt die Ansicht, dass bei der Politikgestaltung die Situation und die Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigt werden müssen. Zu diesem Zweck unterstützt sie die Intensivierung einer strukturierten sektorenübergreifenden Zusammenarbeit in der Jugendpolitik, eine Weiterentwicklung des sozialen Dialogs und eine verstärkte aktive Beteiligung junger Menschen an der Entwicklung und Umsetzung von politischen Maßnahmen, die sie betreffen. Die COSAC betont, wie wichtig es ist, dass die Jugendpolitik in das Europäische Semester und in die Strategie „Europa 2020“ einfließt.

8.5. Die COSAC verweist auf die Bedeutung des Unternehmertums für die Wirtschaft der EU als Quelle des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere was kleine und mittlere Unternehmen (KMU) angeht. In diesem Zusammenhang unterstützt sie die Förderung von politischen Maßnahmen, die Unternehmensgründungen erleichtern — insbesondere im Bereich der neuen und modernsten Technologien — und jungen Unternehmern beim Zugang zu Finanzierungs- und Unterstützungsdiensten helfen, sowie die Entwicklung von unternehmerischer Ausbildung und Kultur (über Praktika, Austauschprogramme, Informations- und Unterstützungsdienste), um die wirksame Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

8.6. Die COSAC macht auf die besorgniserregende Entwicklung hin zu einer hohen Arbeitslosenquote unter jungen Erwachsenen zwischen 25 und 34 Jahren aufmerksam. Die COSAC weist darauf hin, dass junge Erwachsene Zugang zu Arbeitsmarktprogrammen und Umschulungen haben sollten, um ihre Fähigkeiten und Beschäftigungsaussichten zu verbessern. Deswegen ruft sie die Kommission dazu auf, konkrete Sofortinitiativen zu ergreifen, um solche Aktionen zu fördern, und konkrete Maßnahmen für diese Altersgruppe einzuleiten.

## 9. Das weibliche Kapital vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise

9.1. Im Nachgang zum unter dem litauischen Ratsvorsitz abgehaltenen Frauenforum stellt die COSAC mit großer Besorgnis fest, dass die Sparmaßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise zu gravierenden Kürzungen bei den Sozialleistungen und einer starken Verschlechterung der Arbeitsplatzsicherheit geführt haben. Die COSAC macht darauf aufmerksam, dass die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen negative Folgen für das Gleichgewicht zwischen Beruf und Familie haben und gleichzeitig die Chancengleichheit der Frauen auf dem Arbeitsmarkt untergraben.

- 9.2. Die COSAC unterstreicht, dass die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise, die eine soziale Krise ausgelöst hat, die Fortschritte, die bei der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der reproduktiven Gesundheit und den damit verbundene Rechten erzielt worden sind, nicht aufs Spiel setzen darf.
  - 9.3. Die COSAC stellt fest, dass als Hauptinstrument zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ zwar die Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015 eingeführt, aber dass die Belastung der Frauen in Wirklichkeit größer geworden ist.
  - 9.4. Die COSAC bedauert die Tatsache, dass die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern unzureichend oder überhaupt nicht in die Agenda „Europa 2020“ und das Europäische Semester einfließt. Sie erachtet es daher für notwendig, dass in die Ziele der Strategie „Europa 2020“ eine geschlechtsspezifische Perspektive aufgenommen wird, insbesondere in die Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Energie, Bildung und Armut, und dass diese Perspektive Realität wird.
-









ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)  
ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



**Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union**  
2985 Luxemburg  
LUXEMBURG

**DE**